

Die Staatsreform-Bildung ist dringend erforderlich

Wien (OTS) - Nationale wie auch internationale Überprüfungen österreichischer Schüler der verschiedenen Schulstufen haben in den letzten Jahren regelmäßig nur sehr durchschnittliche Ergebnisse geliefert. Hinzu kommt, dass 30 % der Schüler aufgrund ihrer schulischen Leistungen unmittelbar gefährdet sind (Deutschland: 20 %, Finnland: 5 %), weitere 10 % die Schule überhaupt ohne Abschluss verlassen und 21,5 % der 15-Jährigen nicht sinnerfassend lesen können. Das sind deprimierende Zahlen.

Dies alles, obwohl Österreich mit 10.000 Dollar pro Schüler und Jahr erheblich mehr Geld für die Bildung ausgibt als der Durchschnitt der OECD-Länder, der nur 7.600 Dollar aufwendet.

Wie allerdings die letzte Governance-Studie des Instituts für höhere Studien 2007 gezeigt hat, gehen große Summen der Bildungsaufwendungen unseres Landes in eine völlig veraltete und ineffiziente Schulverwaltung. Nach einer jüngsten OECD-Untersuchung liegt Österreich mit der Türkei an letzter Stelle was die Effizienz seiner Verwaltung betrifft. Kein Wunder, denn Österreich leistet sich vier Verwaltungsebenen, fünf verschiedene Schulerhalter und zahlreiche teure Doppelgleisigkeiten: Landesschulräte und Schulabteilungen der Länder nebeneinander, zwei getrennte Dienst- und Besoldungsrechte und eine doppelte Lehrerausbildung für zum Teil idente Lehrpläne. Das allein führt zu Mehrkosten gegenüber dem OECD-Durchschnitt von 650 Millionen Euro jährlich.

Hinzu kommen 108 - in der Verfassung verankerte! - Proporz-Kollegien der Landes- und Bezirksschulräte, die zu zahllosen parteipolitisch gefärbten Personalentscheidungen führen. Das alles kostet nicht nur viel Geld - die IHS-Studie spricht von 1 Milliarde Euro samt allen Folgekosten, die den Schulen selbst abgeht - sondern behindert diese Schulen auch noch. Die Zentralbürokratien mischen sich in jedes Detail der Schulen ein und gewähren ihnen eine vergleichsweise sehr geringe Autonomie. Die Dimensionen von Nicht-Innovation und verhiertem Engagement sind schwer zu beziffern - aber zweifellos ein Vielfaches der direkten Kosten - zum Schaden der Jugend, der Bildung, des Landes.

Die ExpertInnenkommission von Frau Bundesministerin Schmied hat diese unhaltbaren Zustände bereits in zwei Berichten aufgezeigt und Empfehlungen und Lösungsansätze formuliert. In der letzten Sitzung der Kommission am 12.9.2008 in Villach hat sie den einhelligen Beschluss gefasst, die wahlwerbenden Parteien dringend aufzufordern, die begonnene Staatsreform-Bildung zügig fortzusetzen und raschest abzuschließen.

So wären insbesondere die bereits vorgeschlagenen Bildungsdirektionen in den Ländern unverzüglich zu installieren, die Autonomie der Schulen kräftig auszuweiten, die Anzahl der Verwaltungsebenen und Schulerhalter zu verringern und ein zeitgemäßes Management einzuführen. Die dadurch ersparten Mittel müssten sofort den Schulen - damit unmittelbar wirksam der Bildung für Schüler - zugute kommen.